

Die "Welt" enthält täglich am Montag und Dienstag ein einmaliges ...

Die Jahrgangsposten ...

Die Welt Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ende des Eisenbahnerstreiks

Direkte Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft - Die Frage der Maßregelungen gelöst - Abbruch des Streiks

Berlin, 7. Februar.

Die Besprechungen, die zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Gewerkschaften wegen Beilegung des Eisenbahnerstreiks geführt wurden, wurden heute nachmittags vom Reichskanzler mit Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und einem Vertreter der Postgewerkschaft wieder aufgenommen...

Die Reichsgewerkschaft gibt die Versicherung ab, daß sie noch heute abend den Streik der Reichsgewerkschaft als beendet erklären wird, nachdem der Herr Reichskanzler leinerseits im Namen der Reichsregierung ausgeführt hat, daß bei sofortigem Abbruch des Streiks die Disziplinierung nach den vom Gesamtkabinett aufgestellten Richtlinien erfolgen wird...

Die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten, noch am Abend an ihre Organisationen im Lande telegraphisch die Weisung zum Abbruch des Streiks ergehen lassen zu wollen.

Damit dürfte der Eisenbahnerstreik beendet sein. Aus der amtlichen Darstellung der letzten Phase der Verhandlungen ergibt sich, daß der Reichskanzler mit Vertretern der Reichsgewerkschaft persönlich unterhandelt hat und zu einem Abschluß gekommen ist. Die Erklärungen des Reichskanzlers beziehen sich auf die Frage der Maßregelungen, und sie dürften befriedigender sein als die Auffassung, die Herr Groener nach unserem Bericht in der Abendausgabe noch gestern vertreten hat...

Der Reichskanzler scheint also den Weg gefunden zu haben, der zum Frieden führt. Es ist außerordentlich erfreulich, daß es ihm gelungen ist, im Reichskabinett durchzudringen gegenüber den Meinungen anderer Mitglieder des Kabinetts, die bis zur letzten Stunde für eine schroffe und unversöhnliche Haltung der Regierung gegenüber den Eisenbahnern eingetreten sind. Dieser Ausgang der Dinge zeigt, daß die Reichsregierung eine schnellere Beilegung des Konflikts sehr wohl hätte herbeiführen können...

Wir erwarten nun vom Reichskanzler, daß es ihm auch gelingen wird, die erwähnten Richtlinien, nach denen die Frage der Disziplinierungen erledigt werden soll, so zu gestalten, daß sie für die Eisenbahner, deren Gewerkschaft sich anscheinend mit der Auffassung solcher Richtlinien einverstanden erklärt hat, nicht zu einer Enttäuschung werden. Vor allem wird es notwendig sein, den Herren Eisenbahndirektionspräsidenten sehr auf die Finger zu sehen, denn wir sind sicher, daß sie ihre ganze Macht aufbieten werden, um an den streikenden Beamten ihr Mächtig zu fühlen...

lungen über die Grundgehälter der unteren und mittleren Beamten und ein - wir wollen uns vorsichtig ausdrücken - versöhnliches Verhalten der Regierung in der Frage der Maßregelungen zurechtgefunden worden ist. Das heißt, die Reichsgewerkschaft hat sich mit der Regierung hinsichtlich der Maßregelungen geeinigt, die auch durch die Forderungen gegeben war, die die Spitzenverbände in allen ihren Verhandlungen mit der Reichsregierung aufgestellt hatten. Es ist das ein Zeichen dafür, daß die Logik der Dinge alle Körperschaften, Organisationen und Persönlichkeiten, die wirklich ernsthaft bemüht sind, das Interesse der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu vertreten, schließlich doch auf einer gemeinsamen Linie zusammenführt.

Vielleicht ist das die Lehre, die die Eisenbahner aus ihrem Kampfe, den wir mit großer Sympathie verfolgt haben, ziehen sollten. Vielleicht dürfen wir sie in diesem Augenblick daran erinnern, daß sie die volle Unterstützung der Spitzenverbände und damit der Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten in ihrem schweren und gerechten Ringen leichter gefunden und in vollem Umfange besessen hätten, wenn sie vor Beginn des Streiks eine Übereinstimmung mit den Spitzenverbänden gesucht hätten.

Ueber die Erhöhung der Grundgehälter wird sich ja nicht nur das Reichskabinett, sondern auch der Reichstag sehr bald zu äußern haben. Erst dann wird sich voll beurteilen lassen, wie groß der Erfolg dieses ampfes war. Wir empfehlen den Beamten, bei den Beratungen im Reichstag einmal darauf zu achten, welche Parteien es sind, die bei den entscheidenden Beschlüssen wirklich für eine auskömmliche Befolgung der Beamten eintreten.

Der Reichsgewerkschaft aber wünschen wir, daß es ihr gelingen möge, ihre Kämpfer in derselben Ordnung aus der Frontlinie zurückzuziehen, mit der sie die Massen einsehen konnte. Der größte Verlust, den diese junge und im Kampfe noch wenig erprobte Gewerkschaft erleiden könnte, wäre eine Zersplitterung ihrer Kräfte, die eintreten würde, wenn die kämpfenden Massen der Parole der Zentrale nicht einheitlich folgen würden. Durch eine geschlossene Wiederaufnahme der Arbeit leisten die Eisenbahner in der nun vorliegenden Lage den besten Dienst: sie erhalten damit ihre Organisation für kommende Tage kampffähig.

Der Verkehr auf der Eisenbahn

Wie an den Vortagen war auch gestern der Notverkehr auf den Eisenbahnstrecken nach und von Berlin ein Spiel des Zufalls. Die von Berlin abgehenden Fernzüge verließen die Ausgangsbahnhöfe mit großen Verspätungen, so daß die Reisenden vielfach lange Zeit auf den Bahnhöfen warten mußten. Ebenso wie im Fernverkehr war auch im Vorortverkehr nur in weiten Zwischenräumen ein Zugverkehr möglich. Die in den Morgenstunden nach Berlin gefahrenen Züge zeigten eine beispiellose Ueberfüllung; zahlreiche Vorortbewohner, die dringende Geschäfte in Berlin zu erledigen hatten, mußten davon Abstand nehmen, da der Zugverkehr sehr unregelmäßig war. Auf der Wannseebahn stehen seit 3 Uhr keine Maschinen mehr zur Verfügung.

Auf der elektrischen Vorortstrecke Berlin-Lichterfelde-Ost war in der Nacht vom Montag zum Dienstag die Stromzufuhr abgeschnitten, so daß auf dieser Strecke ebenfalls Dampflokomotiven zur Aufrechterhaltung des Notverkehrs zur Verwendung kommen mußten. Bei einer ganzen Reihe von Lokomotiven reicht das zum Dienst erforderliche Personal nicht mehr aus, um eine regelrechte Befolgung der Sperrzeiten vornehmen zu können.

Auch im Güterverkehr haben in den letzten 24 Stunden die Eingänge des Vortages nachgelassen. Die Abfertigung und die Zusammenstellung der Güterzüge stößt infolge der Bereiung der Güterbahnhöfe auf ungeahnte Schwierigkeiten.

Die Lage im Reiche

Ueber den Stand des Verkehrs im Ruhrgebiet wird aus Essen gemeldet: Der Zugverkehr ist seit Montag mittags 12 Uhr stärker geworden. In der Zeit von 12 Stunden sind im unbesetzten Gebiete 124 Züge gefahren worden, davon fünf Milchzüge, 38 Kohlenzüge, 21 Personenzüge und 12 Leerwagenzüge. Bei einigen Zügen sind Feierlichkeiten in weiterem Umfange eingelegt worden, weil die Sturzmöglichkeiten sich verringerten und die Heranführung der leeren Wagen aus den Zuführungsgebieten erst seit gestern besser geworden ist. Der größte Teil der Züge arbeitet weiter.

Wie die Eisenbahndirektion Köln mitteilt, fuhr gestern nachmittags ein von Neuhof kommender Personenzug auf dem Bahnhof Köln aus noch nicht aufgestellter Weiche über Halbesignal und Drehscheibe hinaus in das Empfangsgebäude. Infolge des Anpralls schoben sich zwei Wagen ineinander. Vier Personen wurden tödlich, fünf schwer und 33 leicht verletzt. Die Verunglückten kommen meist aus dem Rheingebiet.

Die Wirkung der Ebertverordnung

Wir erhalten täglich aus Berliner Betrieben zahlreiche Zuschriften, aus denen die Stimmung der Arbeiterschaft widerklingt, die durch die Verordnung des Reichspräsidenten hervorgerufen worden ist. Wir sind natürlich bei weitem nicht in der Lage, besonders bei dem jetzt herrschenden Raum-mangel, auch nur einen kleinen Teil der in den Betrieben gefaßten Protestkundgebungen zu veröffentlichen. Dennoch nehmen wir gern Gelegenheit, unseren Genossen und Lesern sowie der Öffentlichkeit ein Spiegelbild der herrschenden Erregung zu geben. Wir greifen deshalb eine von den vielen Entschlüssen heraus und bringen sie nachstehend zum Ausdruck:

Die Arbeiterschaft der Agfa, Treptow, protestiert auf das Schärfste gegen die Verordnung des Reichspräsidenten sowie die Ausführungsbestimmungen des Berliner Polizeipräsidenten, welche das Koalitionsrecht gefährden.

Sie erklärt sich mit dem Vorschlag der Berliner Gewerkschaftskommission einverstanden, verlangt aber die strikte Durchführung derselben unter Anwendung der stärksten Mittel. Die Arbeiterschaft ist bereit, den Aufforderungen der Berliner Gewerkschaftskommission Folge zu leisten.

Auf den gleichen Ton sind fast alle eingehenden Entschlüssen gestimmt.

Zatarennachrichten

Magdeburg, 7. Februar.

Das Oberpräsidium teilt mit: Die im ganzen Reich verbreitete Nachricht, daß im mitteldeutschen Kohlenrevier ein Bergarbeiterstreik kündlich ausbrechen kann, entbehrt jeder Grundlage. Ebenso un-wahr ist, daß in Sachsen ein kommunistischer Zustand zu befürchten sei.

Von zuständiger Seite wird weiter mitgeteilt, daß die von mehreren Blättern verbreitete Nachricht, wonach bei dem verhafteten Kommunisten Pleitner Mobilisationspläne für einen mitteldeutschen Putsch aufgefunden worden sein sollen, un-wahr ist.

Der Privatmann Stinnes

Wir haben hier bereits berichtet, daß die Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ über die Rolle, die Herr Stinnes in London gespielt hat, von dem Stinnesblatt dementiert worden ist, und betont, daß diese Ablehnungen durchaus ungläubwürdig seien. Die „Frankfurter Zeitung“ hat zu nächst folgendes erwidert:

„Herr Stinnes hat seinen Plan der Privatillierung der deutschen Eisenbahnen auch in London vertreten. Er hat das mit Argumenten getan, die den Engländern angenehm sein sollen; durch die Frau Morgana einer durch die Privatillierung schneller zu bewerkstelligen Beilegung des Eisenbahnerstreiks, durch die Verquickung mit seinen an sich interessanten Bestrebungen auf Sanierung der ost- und südosteuropäischen Eisenbahnen. anscheinend nach den Informationen unseres Londoner Korrespondenten auch durch die Verquickung mit dem Reparationsproblem, für das er nach sehr gewichtigen englischen Zeugnissen einen Vorschlag von fünf-hundert Millionen Goldmark für das Reich gegen Verpändung der Privatillierten Eisenbahnen vorgeschlagen hätte. - Für uns war dabei das Wichtigste, daß Herr Stinnes über diese innerdeutsche Angelegenheit der Eisenbahnrivatillierung überhaupt in London verhandelt hat, daß er dies tat, obwohl er die innerdeutschen Widerstände gegen diesen seinen Plan schon sehr deutlich erfahren hatte, und daß er das Unglaubliche, das hierin lag, anscheinend überhaupt nicht einmal empfand. Hinter dem Gesamtbilde, das sich so entrollte, treten die Einzelheiten an Wichtigkeit zurück, so interessant zum Beispiel gerade das fünf-hundert-millionenangebot (wegen dessen Dementierung unser Londoner Korrespondent im Abendblatt vom Sonnabend die Zuverlässigkeit und die zweifelloste Eingeweihtheit seiner Londoner Gewährsmänner nochmals betont hat) gerade auch für die Beurteilung der außerpolitischen Urteilsfähigkeit des Herrn Stinnes sein könnte.“

Herr Stinnes hat sich nun doch veranlaßt gesehen, in allerhöchster eigener Person zu antworten. Der Kern der Antwort besteht aber darin, die Antwort zu verweigern. Herr Stinnes lehnt es ab, sich über Privatgespräche zu äußern, für die Vertraulichkeit vereinbart war und beides stets gehalten wurde. Der übrige Teil der Antwort besteht in einer sehr pathigen Auslassung gegen Rathenau und in der Versicherung, daß nur eine Regierung von Stinnes Gnaden im Ausland Vertrauen finden würde.

Herr Stinnes wird sich irren, wenn er meint, auf diese Weise loskommen zu können. Der „Privatmann“ Stinnes hat sehr wichtige öffentliche Interessen Deutschlands, nämlich die Verfügung über die deutschen Eisenbahnen, in London preisgegeben wollen. Und das ist nicht seine private, sondern eine eminent öffentliche Angelegenheit, über die er der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen schuldig ist.

Die Ursachen des Beamtenstreiks

Aus führenden Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Der frühere Reichsminister Gothein veröffentlichte im „Mitteldeutschen Blatt“ vom Sonnabend einen Artikel, in welchem er von seinem Standpunkte aus Stellung zum Streik der Eisenbahnbeamten nimmt. Von vornherein darf gesagt sein, daß es nicht Zweck und Inhalt dieser Entgegnung sein soll, die Forderungen der streikenden Beamten hier zu rechtfertigen, da hierfür später genügend Zeit und Gelegenheit gegeben sein wird.

Herr Gothein fragt ganz naiv, weshalb denn die Beamtenschaft streike? — und beantwortet diese Frage gleich damit, daß er sagt, die Beamtenschaft glaube durch den fürchterlichen Zustand den sie über das ganze deutsche Volk heraufbeschworen hat, einen so starken Druck auf Reichstag und Regierung ausüben zu können, daß diese sich zu einer Erhöhung der Beamtenbezüge, sowie zu einer Verringerung ihrer Arbeitszeit bereitfinden werde. Ist es denn Herrn Gothein gar nicht bekannt, daß beide von ihm aufgestellten Behauptungen den Tatsachen so vollkommen widersprechen? Es handelt sich bei der jetzigen Bewegung nicht um eine Erhöhung der Beamtenbezüge an sich, sondern nur darum, daß die Beamtenbezüge sozialer ausgekalltet werden müssen. Wer beobachtet hat, wie bei allen Verhandlungen über die soziale Gestaltung der Grundgehälter immer und immer wieder die Regierung die Auffassung vertrat, daß die unteren Gruppen nur eine ganz geringe Kleinigkeit an Mehr erhalten dürften, die oberen dagegen ein Vielfaches ihres Bezuges zugewilligt erhalten müßten, wird sich von vornherein klar darüber gewesen sein, welche ungeheure Erbitterung sich der Beamtenschaft mit der Zeit bemächtigen mußte, die unter der herrschenden Not am schwersten zu leiden hat. Was nützt einem Beamten der unteren Gruppen die Zusage späterer Pensionsfähigkeit, wenn er bis zu dem Zeitpunkt, an dem diese eintreten soll, infolge drückender wirtschaftlicher Sorge leidend und körperlich zehmal zusammengebrochen ist? Jedem Beobachter der wirtschaftlichen Verhältnisse muß bekannt sein, daß die Regierung von den Gewerkschaften fortgesetzt darauf hingewiesen worden ist, daß sich die Bezüge der Beamtenschaft bis in die Besoldungsgruppe VI hinein weit unter dem dem üblich errechneten Existenzminimum bewegen. Als besonderes Geschenk für die oberen Beamten brachte man es im Herbst vergangenen Jahres außerdem fertig, die Steuersätze der höheren Beamten zu verringern. Während nach dieser sogenannten Regelung der untere Beamte durch die Lohnsenkung nur ganz geringfügige Summen herauskommt, betrug diese Erhöhung der Bezüge der höheren Beamtenschaft 30 000 bis 40 000 M. im Jahre. Die Regierung (Herr Ministerpräsident Dr. Hüffer) operierte bei allen Verhandlungen fortwährend mit dem nie bewiesenen Schlagwort, daß die höhere Beamtenschaft sich aus außerordentlich tüchtigen und pflichttreuen Männern zusammensetze müsse, und daß man diese Leute so zu beschaffen hätte, daß sie nicht dem Anreiz der höher zahlenden Industrie erliegen. Diese Zuverlässigkeit und Pflichttreue muß aber vorher Anreiz nach im Interesse des Volkswohls nicht nur von den höheren, sondern von allen Beamten verlangt werden. Deshalb kämpft die Eisenbahnbeamtenschaft im Staatsinteresse, wenn sie versucht, für die unteren Beamten ein erträgliches Leben überhaupt herbeizuführen.

Herr Gothein behauptet, daß das Minderverhältnis zwischen dem eingezugenen Transportlohn und dem riesig aufgebunnenen Beamtenlohn noch größer werden würde, sobald die Tarife erhöht werden. Man sollte von Herrn Gothein erwarten, daß er weiß, aus welchem Grunde der Eisenbahnkörper und Betrieb inrentabel geworden ist. Sollte es nicht der Fall sein, so wäre ihm zu empfehlen, sich die Bilanzen der großindustriellen Unternehmen, insbesondere diejenigen der Montanindustrie, die den Eisenbahnverwaltungen ungeheure Summen für ihre Produkte abnehmen, anzusehen. Er würde finden, daß das Minderverhältnis zwischen den früheren und den jetzigen Preisen und der Bezahlung des Personals, wie auch der Staffelung der Tarife in den ungeheuren Forderungen der Industrie sowohl, als auch in den Nachwirkungen des Krieges begründet liegt.

Außerordentlich interessant ist die Bemerkung des Herrn Gothein, daß die direkten Steuern aufs äusserste angepannt sind. Diesen Standpunkt kann man verstehen, wenn man zu den Bevölkerungsschichten gehört, die als Beamte, als Angestellte oder Arbeiter ihr Brot verdienen müssen. Herr Gothein hat vielleicht die Lebensmühseligkeit, uns zu verraten, welche anderen Kreise der Bevölkerung sonst noch unter einem Uebermaß von direkten Steuern zu leiden haben.

Glaubt Herr Gothein aber, daß die durch Tarif-erhöhungen bedingte Mehrfracht für Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, für Kohlen usw. die notwendigsten Lebensmittel wesentlich verteuere, so bleibt er die Antwort auf die Frage schuldig, ob die minimalen Mehrfrachten tatsächlich daran schuld seien, daß der Zentner Kartoffeln von einem Vorkriegspreis von 3 Mark auf den jetzigen Preis von 200 Mark heraufgeschraubt werden mußte. Das Gleiche gilt für Getreide. Es wird Herrn Gothein nicht unbekannt sein, welche ungeheurer Preiswucher gerade von großen Teilen der Landbevölkerung getrieben wird. Auch hier würde für ihn eine Betrachtung der jetzigen Preisgestaltung gegenüber derjenigen vor dem Kriege nicht von Schaden sein können.

Herr Gothein glaubt weiter, der Beamtenschaft ein kleines volkswirtschaftliches Privatstimmium lassen zu müssen und erlaubt, sich deshalb den kleinen Scherz, zu bemerken, daß man Papiermark nicht essen könne. Die Beamtenschaft hat weder Lust noch Appetit, Papier-, Gold- oder Silbermark zu essen, sondern will überhaupt nur den notwendigen Lebensunterhalt haben. Jedem Kinde ist klar, daß je mehr Papiergeld sich im Verkehr befindet, eine um so größer Anziehung der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel stattfinden muß. Solange aber die gesetzliche Währung in Papiermark aufrechterhalten werden muß, so lange muß auch der unteren Beamtenschaft diese Währung in einem derartigen Umfange gegeben werden, daß sie imstande ist, durch ihre Dienstleistung das Staatsgefüge zusammenzuhalten. Glaubt Herr Gothein aber die gesamte Arbeiterkraft damit treffen zu können, daß er behauptet, es würde nur 1/3 desjenigen geleistet, was vor dem Kriege als Normalleistung galt, so muß die Deffenlichkeit endlich davon unterrichtet werden, daß Minister Groener persönlich auf die Anfrage von Gewerkschaftsführern, wo denn überhaupt irgend ein Beamte beschäftigt seien, sich äußerte, daß die Sache an sich gar nicht so schlimm läge. Wohl kamme es vor, daß einmal auf einer Stelle ein Beamter zu viel sei, dafür fehle er aber an einer anderen Stelle; es sei Sache der Verwaltungsorganisation, derartige Schwächen im Betriebe auszumergen. Bis heute hat man uns noch keinen der angeblich zu vielen Beamten zeigen können. Wir behaupten, daß, falls Beamte überhaupt zu viel seien, diese lediglich der alte veränderte bürokratische Apparat bedingt. Im direkten Betriebe der Eisenbahnverwaltung hat man noch niemals einen beschäftigungslosen Beamten getroffen. Wohl aber vermögen wir jederzeit den Beweis zu erbringen, daß bis in die letzte Zeit hinein große Güterbahnhöfe verstopft waren, weil die notwendigsten Beamten fehlten.

Heute Urabstimmung in den städtischen Werken

Die Versammlung der Betriebs-Obleute

Die Obleute der städtischen Betriebe versammelten sich gestern vormittag in einer gutbesuchten Versammlung, um zum Streikabbruch Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende Schwanke leitete die überaus unruhige zumellen fürmliche Debatte. Lagodschinski als erster Redner erklärte zunächst, die Streikleitung habe mit dem gestern veröffentlichten Aufruf zum Abbruch des Streiks nichts zu tun. Der Streik selbst werde nur deshalb geführt, weil der alte Manteltarif nicht bis zum 31. Dezember verlängert wurde. Außerdem enthalte der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums auch einige Fehler. Lagodschinski richtete ferner scharfe Angriffe gegen den 3. d. A. Er führte weiter aus, daß bei der ersten Abstimmung „die Sachlage nicht erkannt wurde“, daß ein zweiter Schiedsspruch nicht mehr gefaßt werde und die Gemeindeglieder diese Umstände jetzt nicht ignorieren dürfen. Er erklärte weiter, „so darf nicht wieder Schuld über getrieben“ werden mit Schiedssprüchen einer ersten Körperschaft. Die Streikkommission empfehle deshalb den Abbruch des Streiks. Diese Mitteilung wurde mit „Psst“ und „Ungehört“ beantwortet.

Anschließend an die Ausführungen sprach Schulz vom Verbandsvorstand der Gemeindeglieder, Behrendt von den Magistratsmitgliedern und Heijern, Bender von den Transportarbeitern, Busch von den Gärtnern, ferner Sabath von der Berliner Gewerkschaftskommission. Die Vertreter der Zentralvorstände stellten einmütig fest, daß durch die Verzögerung des Magistrats der Boden für den jetzigen Konflikt geschaffen worden sei und daß er deshalb in erster Linie die Schuld an der jetzigen Lage trage. Sie stellten aber ferner fest, „daß keiner richtig im Visire ist“, daß durch den Schiedsspruch eine neue Situation geschaffen wurde, die erneut behandelt werden müßte. Solange es sich um die Abwehr von Verschlechterungen handele, habe die Aktion der Gemeindeglieder von den Zentralvorständen jede Unterstützung gefunden. Ein Streikobjekt sei aber jetzt nicht mehr vorhanden. Deshalb ließen auch alle in Frage kommenden Verbandsvorstände zur Ablehnung der jetzigen Aktion gekommen.

Sabath gibt zunächst Auskunft über die Stellungnahme der Berliner Gewerkschaftskommission zu dem Streik der Gemeindeglieder und erklärte, daß bei diesem Streik hauptsächlich die eigenen Klassengenossen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Polenske, Bevollmächtigter des Verbandes der Gemeindeglieder, führte aus, der Streik sei nicht mehr aufzuhalten gewesen, und um die Bewegung nicht stillos abrollen zu lassen, habe sich die Ortsverwaltung an die Spitze des Streikes gestellt. Der Wille der Verbandsangehörigen sei aber beengt gewesen, die öffentliche Meinung wurde mißachtet, und es sei ausgeschlossen, zu einem Generallstreik aufzurufen. An Hand des Schiedsspruches erläuterte er weiter die Vorteile für die Gemeindeglieder, so daß die Obmänner, wenn sie in die Betriebe gehen, nicht mit leeren Händen kommen. Aus all diesen Gründen trete er ebenfalls dem Beschluß der Streikkommission auf Streikabbruch bei. Reindorf wandte sich gegen den Abbruch des Streiks.

In seinem Schlusswort erklärte Lagodschinski, daß der Streik auf die „Macht der Eruption“ zurückzuführen sei. Eine von einer Unterredung mit dem Oberbürgermeister Boehl zurückkehrende

Es handelt sich in dem jetzigen Kampfe bei der Beamtenschaft auch nicht, wie Gothein glauben machen will, um eine beabsichtigte Verkürzung der Dienstzeit, sondern lediglich darum, daß die Beamtenschaft sich nicht zum Vorpann für die vollkommene Beseitigung des Achtstundentages mißbrauchen lassen will. Der vorliegende Referententwurf über das Arbeitszeitgesetz ist derartig, daß er Arbeitsleistungen von 15 bis 16 Stunden zuläßt. Die Beamtenschaft steht auf dem Standpunkt, daß, wenn zunächst mit der kleinen Gruppe der Eisenbahnbeamtenschaft ein Sondergesetz auf dieser Grundlage zustande käme, dieses Sondergesetz später als Grundlage für ein Arbeitszeitgesetz für die gesamte arbeitende Bevölkerung genommen werden würde. Die Beamten lehnen deshalb den Sondergesetzentwurf ab und verlangen, daß ein Arbeitszeitgesetz, falls ein solches als notwendig angesehen wird, für die gesamte arbeitende Bevölkerung zu verabschieden wäre. Wenn es sich erweisen sollte, daß für die Eisenbahnerschaft zur Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse ein Sondergesetz notwendig ist, so kann nach Verabschiedung des allgemeinen Gesetzes darüber beraten werden.

Wir kämpfen für höhere Ziele, als es Herr Gothein der Öffentlichkeit glauben machen will. Wir wollen einen Beamtenkörper, der unter allen Umständen ehrlich, treu und gut durchgebildet ist. Nicht nur höhere Beamte sollen zuverlässig und treu sein, sondern von der gesamten Beamtenschaft muß man erwarten können, daß sie diese Grundlagen des Beamtentums besitzen.

Daß Herr Gothein, der mit der Schwerindustrie die innigsten Beziehungen unterhält, diesen idealen Standpunkt der Beamtenschaft nicht verstehen kann, wird niemand überraschen. Für ihn und seine Kreise gibt es kein Ideal, sondern lediglich materielle Beweggründe für all ihr Tun und Lassen.

Keine Sitzung des Reichstags

Vor der zu gestern angekündigten Reichstagsitzung trat der Seniorenkongress zusammen.

Der Reichstagspräsident Wöbe stellte die Frage, ob überhaupt die Sitzung abgehalten werden könne, da voraussichtlich nur eine geringe Anzahl von Abgeordneten teilnehmen würde. Besonders würden diejenigen Fraktionen am schlechtesten vertreten sein, deren Mandate aus den entfernteren Landesteilen stammen. Im allgemeinen fand seine Anregung Zustimmung. Der Abgeordnete Krieger erklärte indes, daß seine Fraktion, die Deutsche Volkspartei, ihn ausdrücklich beauftragt habe, auf der Abhaltung der heutigen Sitzung zu bestehen, da eine Aussprache über den gegenwärtigen Streik unvermeidlich sei. Er erging sich darauf in sachlichen Ausführungen über den Eisenbahnstreik, in denen er verlangte: die Regierung muß und soll eine Erklärung abgeben, daß die Verordnung des Reichspräsidenten Ebert unter allen Umständen aufrechterhalten werden muß.

Genosse Ledebour führte demgegenüber aus, daß auch seine Fraktion dringend die Abhaltung der heutigen Sitzung wünsche, wenn auch von ganz anderen sachlichen Gesichtspunkten aus. Der Abg. Richter habe, der Praxis des Seniorenkongresses zumider, sachliche Forderungen geltend gemacht. Würde das üblich werden, so würde der Seniorenkongress, dessen Aufgabe nur die Festlegung geschäftlicher Dispositionen sei, zu einem Parlamentssurrogat werden. Er stellte deshalb an den Abg. Richter die Frage, ob er seine sachlichen Ausführungen als nicht gesehen betrachten wolle. Richter lehnte das ab. Darauf erklärte Genosse Ledebour, unter diesen Umständen müsse er namens der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie erklären, daß sie im Gegensatz zu der Deutschen Volkspartei verlange: die Regierung

Kommission teilte mit, daß der Magistrat an seiner ultimativen Forderung, um 2 Uhr in die Betriebe zurückzuführen, festhalte. Nach verschiedenen Abstimmungen über die Autorisation der Streikleitung, wie die Aktion weiter zu führen ist, wurde beschlossen, eine Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen. Ein Antrag der Streikleitung auf Empfehlung des Streikabbruchs wurde mit 131 gegen 90 Stimmen abgelehnt.

Es findet daher heute früh um 7 1/2 Uhr in sämtlichen städtischen Betrieben und der Gasbetriebsgesellschaft Berichterstattung über den Stand der Bewegung mit anschließender Urabstimmung statt. Um 11 Uhr treten die Obleute erneut in Bäckers Resthallen, Weberstraße 17, zusammen, wo das Resultat der Urabstimmung bekanntgegeben wird.

Der auf dem Wirtschaftsleben Verzins so schwer lastende Streik der städtischen Arbeiter und der städtischen Angestellten ist wider Erwarten gestern noch nicht beendet worden. Der vorstehende Versammlungsbericht über die Konferenz der Obleute der städtischen Betriebe zeigt aufs deutlichste, daß alle erfahrenen Personen die Notwendigkeit des sofortigen Abbruchs des Streiks wohl erkannt haben und deshalb versucht, die Obleute zu bewegen, diese Notwendigkeit zu erfüllen. Die Versammlung konnte sich nicht dazu entschließen und entschied sich für die Urabstimmung.

Wir haben wiederholt betont, daß der Kampf der städtischen Arbeitnehmer infolge des zur Zeit fehlenden Kampfobjektes nicht zu verantworten ist. Auch würden durch diesen notwendige Wirtschaftskämpfe anderer Berufsgruppen aufs schwerste geschädigt. Nicht nur von den Mitgliedern der Streikleitung, sondern auch von den Vertretern der Hauptvorstände und insbesondere auch von dem Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission wurde deshalb auf die Schädlichkeit der Fortsetzung des Kampfs ausdrücklich hingewiesen.

Um die Kampffront der Arbeiter nicht zu schwächen, ist es deshalb dringend notwendig, daß die Beendigung des Streikes möglichst einmütig erfolgt. Die städtischen Arbeiter und nicht ständig Angestellten werden sich bei der heute früh vorzunehmenden Urabstimmung ihrer großen Verantwortlichkeit bewußt sein und auch im Interesse etwa künftig notwendig werdender Kämpfe dazu entschließen, für den sofortigen Abbruch des Streiks zu stimmen. Nur so ist zu hoffen, daß keine direkten Schäden für die städtischen Arbeitnehmer aufreten und der Kampf, der eines recht dürftigen Objektes wegen geführt ist, in sein Gegenteil umschlägt.

Von dem Magistrat muß verlangt werden, daß er der einmütigen Arbeiteraufnahme aller Streikenden keinerlei Schwierigkeiten entgegensetzt. Er hat durch seine Hinzuhaltung der Verhandlungen mit den Arbeitnehmern erst die Stimmung geschaffen, die zum Ausbruch des Streikes führte. Es muß darum verlangt werden, daß die Forderungen der Spitzenorganisationen nach Unterlassung jeder Maßregelung erfüllt wird. Ebenso muß verlangt werden, daß die weiteren Verhandlungen über den Manteltarif beschleunigt geführt werden und ein für alle beteiligten Kreise befriedigendes Resultat herbeiführen.

muß und soll die verfassungswidrige Beordnung des Reichspräsidenten gegen das Streikrecht der Beamten aufheben. Im weiteren Verlaufe der Auseinandersetzungen sprach dann der Reichsanwalt Wirth den Wunsch aus, von der heutigen Sitzung Abstand zu nehmen, da die Regierung heute noch Verhandlungen mit den Streikenden zu führen haben und deshalb nicht in der Lage sei, ihrerseits darüber Erklärungen zu geben. Die Mehrheit entschied sich dann dafür, den Reichstagspräsidenten zu ermächtigen, die heutige Sitzung abzusagen und je nach dem Gang der Verhandlungen und der Möglichkeit, die abwesenden Reichstagsabgeordneten durch besondere Parlamentszüge nach Berlin zu schaffen, zum Donnerstag, den 9. Februar, oder Freitag, den 10. Februar, die neue Sitzung einzuberufen.

Die Sitzung des Hauptausschusses verlagert

In der Sitzung des Hauptausschusses, die um 10 Uhr begann, beantragte Genosse Wöbe die sofortige Beendigung der durch den Eisenbahnstreik geschaffenen Lage. Durch die Schuld der Regierung sei der Streik noch nicht beendet. Die Regierung lasse sich vollkommen von Scharfmachern leiten; ihre Ablehnung, mit der Streikleitung zu verhandeln, habe dem gesamten deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft unermesslichen Schaden zugefügt. Ebenso verständig werde, daß die Regierung gegenüber den materiellen Forderungen der Streikenden nicht das geringste Entgegenkommen zeige und daß sie es bisher sogar abgelehnt habe, die Erklärung abzugeben, daß sie keine Maßnahmen vornehmen werde. Wir wünschen, auf die Regierung einzuwirken, daß sie ihren traffen Herrenstandpunkt aufgibt und verlangen deshalb Befreiung des Eisenbahnstreiks im Ausdruck.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der U. S. P. und R. P. D. abgelehnt.

Dazu erhalten wir noch folgende Erklärung des Genossen Rosenfeld:

Der „Vorwärts“ behauptet im Anschluß an den Bericht über die gestrige Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags, daß ich, der in der Sitzung die Beratung des Eisenbahnstreiks verlangt hat, vor der Sitzung um Ausdruck gebracht habe, daß eine Besprechung über den Streik in Abwesenheit des Reichsanwaltes keinen Zweck habe. Dies ist natürlich nicht wahr. Ich habe vor der Sitzung wie in der Sitzung die sofortige Beratung der durch den Streik geschaffenen Lage verlangt. Wenn der „Vorwärts“ ferner schreibt, daß ich zu Unrecht die Beratung im Ausschuss verlangt habe, weil der Reichstag am gestrigen Nachmittag zum Eisenbahnstreik Stellung nehmen würde, so habe ich durchaus recht behalten. Stellentlich könnte der Reichstag nicht zusammenzutreten. Um so bedauerlicher ist es, daß der Antrag der U. S. P. auf Beratung des Streiks im Hauptausschuss von allen bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten abgelehnt worden ist.

Geheimorganisationen in Schlessen? Die Regierung hat den früheren Entwaffnungskommissar Peters nach Schlessen entsandt, um dort festzustellen, ob die Zwischenfälle in Oberschlessen mit irgendwelchen Geheimorganisationen in Verbindung zu bringen sind.

Betriebskündigung. Die Kruppwerke in Magdeburg legen wegen Kohlenmangels ab Montag ihren Betrieb still.

Chemikalie-Debatte. Nach Neuburg aus Moskau sind außer den Kommunisten Bela Kun und Brandler auch der polnische Kommunist Dombal sowie der deutsche Kommunist Wag Hölz zu Ehrenmitgliedern der Moskauer Sowjets gewählt worden.

Der Goldschah der Tschokowatel. Bei der Errichtung des tschokowatelschen Sitzes eröffnete die Regierung einen Fonds zu dem Zweck, eine Goldreserve für die tschokowatelsche Regierung zu schaffen. Die abgelieferten Spenden an Gold, Juwelen und wertvollen Kunstgegenständen haben bis jetzt einen Wert von 22 Millionen tschokowatelschen Kronen und ihr Gewicht beträgt 6 Zentner.

Die Versammlungen der Eisenbahner

Die gestern nachmittag 2 Uhr angeforderten Versammlungen der streikenden Eisenbahner mit dem Thema: „Warum streiken wir und was ist die Antwort der Regierung?“ waren außerordentlich zahlreich besucht. Die Reichstagsfraktion der U. S. V. hatte auf Wunsch einiger Genossen aus der Eisenbahnerbewegung beschlossen, in die Versammlungen Vertreter zu schicken, um die Ansicht unserer Partei zur Streikbewegung zum Ausdruck zu bringen.

In der Schloßbrauerei Schöneberg waren ungefähr 5000 Personen anwesend. Ein Vertreter der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten legte noch einmal die Ziele der Bewegung dar. An der Aussprache beteiligte sich auch Genosse Ledebour, der betonte, daß in dem Kampf um die Verteidigung des Achtstundentages und die Aufhebung der Ebertverordnung die gesamte Arbeiterschaft geschlossen hinter den streikenden Eisenbahner stehe. Genosse Ledebour bekam stürmischen Beifall. Heydemann von der K. P. D. vertleg sich zu maßlosen Uebertreibungen, fand aber wenig Anklang.

Die Versammlung in Altem Jelliten war lange vor 2 Uhr überfüllt. Es wurde deshalb im kleinen Saale eine Parallelversammlung veranstaltet. Zuerst referierte ein Vertreter der Reichsgewerkschaft, der eine Ueberbrückung über die bisherige Entwicklung des Kampfes gab. Er betonte dabei, daß die Reichsgewerkschaft eine politisch neutrale Organisation sei, da sie bisher mehr oder weniger von den politischen Parteien aller Richtungen im Stich gelassen worden sei. Die Ausführungen des Redners wurden zum Schluß durch andauernde Unruhe gestört. Einer der Hauptredner nahm schließlich das Wort und verlas einen Antrag, der verlangte, daß die Versammelten eine Kommission von sechs Personen zu wählen hätten, die zu der im Gewerkschaftshause tagenden Betriebsräteversammlung zu entsenden sei. Die Betriebsräteversammlung sei aufzufordern, den Generallstreik zu proklamieren. Dem Antrag wurde stattgegeben.

In der Versammlung in den Germania-Jelliten legte Genosse Wippenfeld unter großem Beifall der Versammelten dar, daß die Verordnung Eberts verfassungswidrig sei, bezugnehmend auch die des Polizeipräsidenten Richter. Die U. S. V. trete ein für die Unantastbarkeit des Streikrechts der Beamten und ebenso für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages. Als die Reichsgewerkschaft die U. S. V. als Vermittlerin anrufen habe, sei sie gern dem Rufe gefolgt, aber die Reichsregierung beharrt auf dem Standpunkt, mit der Streikleitung nicht zu verhandeln.

In den Prachtställen des Orens fand infolge Ueberfüllung eine Parallelversammlung auf dem Hofe statt. Ein Mitglied der Zentralstreikleitung der Reichsgewerkschaft führte aus, daß der Streik fortgeführt werden müsse. Könne man die Regierung nicht zwingen, so müßten Groener und seine Geheimiträte fort. Ein Vertreter der K. P. D. wendete sich heftig gegen den Referenten. Es müßten sofort Aktionsausschüsse gewählt werden. Auf die Gewerkschaften, die die Streikenden verraten hätten, sei kein Verstoß. Die Regierung müsse gestürzt und die Arbeiterregierung an deren Stelle gesetzt werden.

Die Versammlung in den Hohenzollern-Sälen wurde nach dem Außenplatz verlegt. Es waren etwa 7000 Personen anwesend. Ein Vertreter der Reichsgewerkschaft legte den Standpunkt der Streikenden dar. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß weitere Beamtenkategorien sich der Streikbewegung der Eisenbahner anschließen würden. In der Versammlung war der Polizeipräsident Richter anwesend.

Der große Saal und die Galerie der Schloßbrauerei waren überfüllt. Ein Redner von der Reichsgewerkschaft schilderte die Entstehung und den bisherigen Verlauf des Streiks. Ferner sprach ein Redner der K. P. D., der sich in den üblichen Anrempelungen der beiden sozialistischen Parteien erging. Aus seinem Wortschwall ist besonders der Ausruf erwahnerwert: „Lieber gar keine Republik, als solche Republik!“ Reichstagsabgeordneter Hoffmann von der U. S. V. richtete an die Versammelten die Aufforderung, zusammenzutreten, bis die Verordnung des Reichspräsidenten gefallen und Schutz vor Maßregelungen zugesichert sei.

Die Versammelten gingen nach Schluß in allen Lokalen ruhig auseinander.

Der Hoflieferant

Von Paul Padan

In der Charlottenstraße, in der Nähe der Linden, wo bekanntlich die höchsten Herrschaften und die feinsten Leute gewohnt haben, wie der deutsche Kaiser und der Kronprinz von Preußen und die kommandierenden Generale und der Oberhöflichschaffverwalter, na und so, wohnt ein Friseur, der ist auch ein feiner Mann, denn er ist Hoflieferant.

In seinem Schaufenster liegt ein Plakat auf sehr feinem, weißem Papier, auf dem steht geschrieben: „Wir, Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, tun hiermit kund und zu wissen.“ Sol, das klingt, daß einem das Herz vor Freude im Leibe springt!

„Ach, es war damals doch eine große Zeit, heute aber ist die Welt grau und grünlich. Wenn ich zum Beispiel schreiben würde: „Wir, Paul Padan, tun hiermit kund und zu wissen.“ Nein, das klingt gar nicht so herzlich und hoch, das klappert blechern und höchst bedeutungslos.

Auf dem Plakat steht dann weiter, daß wir, Paul Padan — nein, nein, um Gotteswillen — wir, Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, geruht haben, den Friseur zum Hoflieferanten zu ernennen und zum Zeichen dessen, befohlen haben, dieses Diplom mit unserm Insegel zu bedrucken.

Mein Gott, gewiß, Hoflieferanten gab es früher wie Sand am Meer. Jede Krone und jedes Krönchen, jeder Prinz und Potentat mußte seine Hoflieferanten haben. Dann kam der Krieg und man hatte andere Sorgen. Der Friede kam und die Revolution und die Republik, und alle diese schönen Titel wurden rücksichtslos ausgelesen.

Und heute steht man und staunt, daß so was noch im Schaufenster drehsparig und großmäulig ausgestellt ist. Wie eine Reliquie mutet das an, wie eine Karikatur, die man mit neuem Respekt und mit unbehaglichem Gefühl betrachtet. Doch halt, ich hab's! — Der feine Friseur in der Charlottenstraße hat sicher sein Hoflieferanten-Diplom nur darum in das Schaufenster gestellt, um dem verehrten Publikum den Sinn für Reliquien zu stärken und die Liebe zu Karikaturen zu beleben.

Oder sollte es doch Leute geben, natürlich nur seine Leute, die Freude daran finden, daß ein Hoflieferant ihnen den Bart schert und die Locken kräuselt?

Generalversammlung der Betriebsräte

Erregte Stimmung der Arbeiterschaft — Die Reichsgewerkschaft wünscht keinen Generallstreik

Die am Montag wegen Beschlussfähigkeit vertagte Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale befahte sich am gestrigen Dienstag in einer Dauer Sitzung mit den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen. Die Tribünen des großen Saales im Gewerkschaftshaus waren überfüllt, und die Tribünenbesucher gaben sich wiederholt die größte Mühe, die Generalversammlung zu stören und durch Schimpfworte einen Druck auf die Delegierten der Generalversammlung im Sinne eines Generallstreikbeschlusses auszuüben.

Die Situation schilderte in einem umfangreichen Referat Genosse Barth. Er kritisierte die Taktik der Reichsgewerkschaft und wies darauf hin, daß die Reichsgewerkschaft bei dem früheren Streik der Eisenbahner keine Lust zur Solidarität zeigte. In scharfer Weise wandte sich der Referent gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten und des Polizeipräsidenten. Das Koalitionsrecht aller in Lohn und Gehalt stehenden Arbeiter dürfe von keiner Ausnahmeordnung bedroht werden. Die wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Forderungen der Streikenden seien berechtigt, jedoch müßten die Forderungen in bezug auf Erhaltung und Ausbau der Rechte der Beamtenstellung abgelehnt werden. Der Referent wünschte für alle Beamten die

Umstellung nach dem freien Angestelltenvertrag.

Umstellung nach dem freien Angestelltenvertrag, sowohl aus arbeitsrechtlichen als aus sozialpolitischen Gründen. In scharfer Weise wandte sich Barth gegen die Erklärung des U. S. V. und des A. V. Bundes, da aus derselben nicht mit genügender Klarheit hervorgeht, daß die Spitzenkörperlichkeiten alles getan haben, um die verfassungswidrigen Verfügungen zu beseitigen. Die Erklärung sei auch deshalb zu verurteilen, da in dieser der Abbruch des Streiks ohne Verständigung und Zustimmung der am Streik beteiligten Organisationen proklamiert sei. Mit schwerwiegenden Argumenten wandte sich der Referent dann gegen die Proklamation eines Generallstreiks in Berlin. Auf die Regierung würde eine solche Proklamation keine besondere Wirkung haben, da das Handwörterbuch, ein Streik der städtischen Arbeiter, bereits in die Wirklichkeit umgesetzt sei. Es sei kaum zu erwarten, daß ein Berliner Generallstreik den Generallstreik im Reich zeitige. Ein Generallstreik ohne Einverständnis der Spitzenkörperlichkeit und der politischen Parteien würde wirkungslos verpuffen und würde sich in der Hauptsache zu einem

Kampfe der Arbeiter untereinander auswirken.

Kampfe der Arbeiter untereinander auswirken, da nicht zu erwarten sei, daß die K. P. D. und damit die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in einen Kampf gegen die Regierung eintreten würden. Solange ihre politischen Freunde in dieser Regierung sitzen. Ein Generallstreik für Berlin müsse also abgelehnt und der Druck auf die Spitzenkörperlichkeiten verstärkt werden. Genosse Barth legte der Versammlung eine feine Ausführung entsprechende Resolution vor und wies darauf hin, daß die Vertreter der K. P. D. — Ruth Fischer, Nemele, Neumann usw. — in einer Unterhaltung im wesentlichen seinen Ansichten beigeprägt hätten.

Mein Gott, wie gesagt, die Welt ist grau und grünlich, keine Orden mehr und keine Verleihung von Meinen, keine Erziehung und kein Geheimrat und kein Oberhöflichschaffverwalter! Es ist in der Tat zu traurig und trostlos. Was lohnt es, ein Leben ohne alle diese Lustbarkeiten zu leben?

Von einer wohlmeinenden Seite, die sicher die Welt und die Menschen kennt, ist in einer Zeitung unlängst der Vorschlag gemacht worden, einen Orden der Republik zu gründen.

Ich schlage als ersten und würdigsten für diesen Orden der Republik den feinen Friseur aus der Charlottenstraße vor.

Beamtenum und Sozialismus

Ein Brief an die „Freiheit“.

Wir erhielten folgende Zuschrift: Ich beglückwünsche Sie von Herzen zu dem famolen „Offenen Brief an eine alte Dame“ in der letzten Sonntagsausgabe. In Hunderttausenden von Exemplaren müßte er, besonders an alle Beamten, vor allem an die höheren, geschickt werden. Ich selbst habe mir gleich noch 10 Nummern dieser „Freiheit“-Ausgabe zum Verschicken gekauft.

Seit mehreren Monaten lese ich die „Freiheit“ mit großem Interesse und bin seit dem Revolutionstage 1921 Mitglied der U. S. V. D. Seit dem Tage habe ich nur den Wunsch: Wenn wir doch erst alle Beamten für uns gewinnen könnten, die immer noch als blödes Stimmvieh von der rechtstehenden Presse belogen und verhetzt, dem Kapital nachlaufen. Vielleicht gelingt es Ihnen durch ähnlich gute Artikel wie den „Offenen Brief“!

In dieser Hoffnung bin ich
Ihr
U. Studenrat.

Jeder lehre vor seiner Tür!

Man schreibt uns: Der Magistrat verteilte in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 20. Januar 1922 die Rechtsgrundlagen der Erfassung von vorhandenem Wohnraum. Wenn man diese Ausführungen gelesen hat, so muß man sich unwillkürlich fragen, ob der Magistrat in seinem eigenen Hause nicht Bescheid weiß oder ob er es für sich ablehnt, die Erfassung des vorhandenen Wohnraumes innerhalb der städtischen Gebäude anzuerkennen. Sollte seine eigene Bureaukratie es verstanden haben, die Verhältnisse, die z. B. in den Familienhäusern der städtischen Irren-Anstalt zu Berlin-Buch herrschen, zu verschleiern, so mögen folgende Zeilen dazu beitragen, die Öffentlichkeit über diese geradezu handgreiflichen Zustände aufzuklären.

Wenn man sich vor Augen hält, daß Tausende von armen Proletarierfamilien in den Kellerkellern und Bodenkammern, ein von einer graulichen Gesellschaftsordnung judifiziertes Leben führen müssen; wenn man ferner weiß, daß Tausende von Proletarierkindern an Tuberkulose, Rachitis und Bleichsucht zugrunde gehen müssen, und wie dieselben armen Kinder durch die enge Enge der Wohnverhältnisse auch in ständlicher Beziehung schwer gefährdet werden, so kann man es andererseits nicht verstehen, daß der Magistrat, wenn es sich um die Wohnräume seiner höheren Beamten handelt, durchaus nicht zu bewegen ist, diese für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Als durch den Tod des Direktors der Anstalt in Buch eine große Villa frei wurde, wäre es doch eine selbstverständliche Pflicht des Magistrats gewesen, diese Wohnräume, die sich mit geringen Kosten zu Zweizimmerwohnungen umbauen ließen, an Wohnungsgelose zu vermieten. Aber diese große Villa wurde an einem Junggesellen vermietet, der neben dieser Villa, in einem modernen Zweifamilienhause, eine große Bierstimmerwohnung inne hatte. Der Mieter dieser Villa ist der bekannte Kernarzt und Direktor der städtischen Anstalt für Gemütskranke, Herr Sanitätsrat Dr. Werner. Weshalb wohl dieser Herr nicht im Interesse der Volksgesundheit, in deren Dienst er doch tätig sein will, und wofür er doch von den Steuerzahlern

Der Kommunist Neumann wollte den letzten Ausführungen des Referenten entgegenreden, konnte aber mit vielen Worten nur bestätigen, daß die Führer der K. P. D. tatsächlich diese Ansicht vertreten haben.

Unterdessen waren die Teilnehmer einer Streikerversammlung im Gewerkschaftshaus erschienen und hatten eine Delegation zu der Generalversammlung entsandt, die die Proklamation des Generallstreiks forderte. Wiederholt versuchten Demonstranten in den Verhandlungssaal einzudringen, was eine öftere Unterbrechung der Tagung nach sich zog. Schließlich forberten die Demonstranten, daß Barth zu ihnen spreche. Genosse Barth leistete dieser Aufforderung Folge, wurde aber

von einigen Kaufstücken täuschlich bedec...

Rur das Dazwischentreten besonnener Elemente verhinderte eine Schlägerei.

Nachdem ein Vertreter der Reichsgewerkschaft, Schöber, die Erklärung abgab, daß die Reichsgewerkschaft kein Interesse an einer Generallstreikproklamation habe, sondern eine Verabsäuerung des Druckes auf die Spitzenkörperlichkeiten für ausreichend erachte, wurde zur Abstimmung über die verschiedenen eingereichten Resolutionen geschritten. Eine Resolution, die die bedingungslose Proklamation des Generallstreiks forderte, wurde gegen etwa 30 Stimmen bei rund 600 Delegierten abgelehnt. Mit Zweidrittel Majorität wurde folgende Resolution beschlossen:

„Anschließend des harten Kampfes der Eisenbahner, Beamten und Arbeiter um ihre Existenz und der unüberwindlichen Haltung der Regierung hält die Groß-Berliner Betriebsrätegeneralversammlung die Proklamation des Generallstreiks für ganz Deutschland für unbedingt notwendig und fordert die Betriebsrätezentrale auf, in diesem Sinne auf die Spitzenverbände energisch einzuwirken.“

Die Forderungen des Generallstreiks sind: 1. Zurückziehung der Ebert- und Richterordnungen, 2. Unbedingter Schutz des Koalitionsrechtes, 3. Zurückziehung des Arbeitszeitgesetzentwurfes, 4. Verhandlungen mit den streikenden Eisenbahnern über ihre materiellen Forderungen, 5. Befreiung der verhafteten Streikführer und Herausgabe der beschlagnahmten Streikwaffen, 6. Entlassung der Kohl- und Eisenbergwerke zur Wiederherstellung der Rentabilität der Eisenbahnen, 7. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Die Resolution Barths war hierdurch erledigt. Unrecht gab zum Schluß für den Vollzugsrat folgende Erklärung ab:

„Die Mitglieder des Vollzugsrates verpflichten sich, sofort mit dem U. S. V. und der K. P. D. in Verhandlung zu treten und die Spitzenorganisationen zur Stellungnahme gegen den Erlaß des Reichspräsidenten zu bewegen. Wir werden alles daran setzen, die Spitzenverbände zu geeigneten Schritten zu drängen, wenn die Reichsregierung den Erlaß nicht zurückzieht, und werden den Berliner Betriebsräten schnellstens Bericht erstatten.“

sein Gehalt bekommt, diese Villa von selbst abgelehnt hat? Rühige Frage!

Die meisten Bezirke der Anstalt in Buch haben ferner neben ihrer Wohnung in Berlin noch je ein Wohn- und Schlafzimmer zu ihrer freien Verfügung. Wieviele arme Familien aus den Kellerkellern könnten hier eine gesunde Wohnung finden!

So liegen die Dinge beim Magistrat, der in alle Welt hinausposaunt, wie notwendig die Beschaffung des verfügbaren Wohnraumes im Interesse der Gesundheit sei. Der Magistrat wird gut daran tun, bei sich selbst den Anfang zu machen, falls er Wert darauf legt, daß man seinen Versprechungen Glauben schenkt.

Öffentliche karnevalistische Veranstaltungen verboten. Der Polizeipräsident von Berlin hat mit Zustimmung des Magistrats für den Polizeibezirk Berlin eine Polizei-Verordnung erlassen, nach der alle öffentlichen karnevalistischen Veranstaltungen aller Art verboten sind. Unter dieses Verbot fallen insbesondere die Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Umzüge und sonstige karnevalistische Veranstaltungen unter freiem Himmel, die Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Aufführungen, öffentlicher karnevalistischer Vorträge und öffentlicher karnevalistischer Tanzveranstaltungen in geschlossenen Räumen. Verboten ist auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in öffentlichen Lokalen, bei öffentlichen Veranstaltungen oder Versammlungen das Tragen karnevalistischer Verkleidungen oder Abzeichen jeder Art, das Singen, Erlesen und Vortragen karnevalistischer Lieder, Gedichte und Vorträge, das Werfen von Luftschlangen, Konfetti und dergleichen. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft, an deren Stelle, wenn die Geldstrafe nicht beizutreiben ist, entsprechende Haftstrafe tritt. Der Verfassung unterliegenden Verordnungen dieser Art auffordert, einläßt oder sie in seinen der Öffentlichkeit dienenden Räumen duldet. Die Verordnung ist bereits in Kraft getreten.

Die Milchmarken für den Monat März werden in sämtlichen Groß-Berliner Verwaltungsbezirken in den nächsten Tagen ausgegeben, und zwar in Alt-Berlin für die Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre am Freitag, den 10., Sonnabend, den 11., und Montag, den 13., für die Kinder im dritten und vierten Lebensjahre am Dienstag, den 14., Mittwoch, den 15., und Donnerstag, den 16. Februar 1922. Ferner gelangen A-Karten (Karten für werdende Mütter) zur Ausgabe. Die A-1- und A-2-Karten erhalten im Monat März 1922 je 1/2 Liter und die B-1- und B-2-Karten, sowie die A-Karten (Karten für werdende Mütter) je 1/4 Liter Frischmilch täglich. Die auf Milchmarken zu verabsagende Milch wird zum verbilligten Preise an die Bezugsberechtigten abgegeben. Die Inhaber von Milchmarken haben die März-Milchmarken bis zum 28. Februar 1922 einschließlich dem Milchhändler vorzulegen. Die Milchmarken können in allen A- und B-Milchgeschäften und in sämtlichen Kaufstellen zur Anmeldung gebracht werden.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Milchversorgung der Bäder durch das Ernährungsamt funktioniert wie üblich. Es liegt daher kein Anlaß zu Angst- und Hamsterkäufen durch das Publikum vor. Diese würden nur die unerwünschte Folge haben, daß bei dem einzelnen Bäcker Störungen eintreten, weil die Herstellung des Brotes mit den übermäßigen Anforderungen nicht Schritt zu halten vermag.

Gasergiftungen aus Unachtsamkeit. Gestern früh wurde der 50 Jahre alte Studienassessor Franz K. in seiner Wohnung in der Klitzstraße mit Gas vergiftet aufgefunden. Er konnte wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Bei Husten, Heiserkeit, Asthma und Lungenleiden
San.-Rat
Dr. Wegscheiders Brust-Tee
Original-Vorschrift seit Jahren erprobt u. bewährt. Pakete 12.50 u. 22.50 M.
am Dönhofsplatz
Elefant-Apotheke, Leipziger Straße 74
Fernspr. Zentral 7192

Heute Zahlabend in Groß-Berlin

